



Der Landesschülerbeirat

PRESSEMITTEILUNG

13. April 2020

Nr. 4/2020

Hallo Politik - es ist Zeit für Entscheidungen!

Landesschülerbeirat fordert schnellstmöglich Gewissheit

Der Landesschülerbeirat hat sich in den letzten Wochen intensiv mit der Thematik beschäftigt und stand in engem Kontakt mit politischen Entscheidungsträgern und vor allem mit Schülerinnen und Schülern. In den letzten Wochen haben sich vermehrt besorgte Schülerinnen und Schüler mit ihren Anliegen an den Landesschülerbeirat gewandt. "Die Schülerschaft braucht Gewissheit, wie es in den nächsten Wochen weitergehen soll." so Leandro Cerqueira Karst, Vorsitzender des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg.

In der kommenden Wochen möchte das Gremium unter anderem mit der Amtsspitze des Kultusministeriums, Frau Ministerin Dr. Susanne Eisenmann und Herrn Ministerialdirektor Michael Föll, sowie den bildungspolitischen Akteuren verschiedene Szenarien erörtern. Ziel muss es sein, gemeinsam die bestmögliche Entscheidung für die Schülerschaft zu treffen. „Diese Woche ist für die Schülerinnen und Schüler des Landes entscheidend - wir brauchen mutige und verantwortungsvolle Entscheidungen der Politik.“ fordert Cerqueira Karst.

Eine Prüfungsvorbereitung ohne richtiges Ziel vor Augen und ohne zu wissen wann, ob und in welcher Form die Prüfungen stattfinden sollen, funktioniert nach Einschätzung des Landesschülerbeirats nicht. "An den aktuellen Prüfungsterminen kann offenbar nicht sicher festgehalten werden. Dies setzt die Schülerinnen und Schüler immens unter Druck, da die Ungewissheit den Alltag prägt." beschreibt der Vorsitzende des Gremiums die aktuelle Lage.

Ziel sei es weiterhin, die Prüfungen wie angekündigt durchzuführen. Die Entscheidung über die Durchführung der Prüfung sollte nach Ansicht des Landesschülerbeirats

letztendlich von den Experten in den Gesundheitsbehörden und im Robert-Koch-Institut getroffen werden. Sollten die Gesundheitsbehörden und das Robert-Koch-Institut dies aufgrund des Infektionsschutzes für unzumutbar einstufen, können die Abschlussprüfungen nicht stattfinden. Die Schülervertreter des Landes möchten deshalb für diesen Fall mit der Kombi-Lösung eine Alternative zur Debatte stellen.

Diese würde Folgendes vorsehen: Die Schülerinnen und Schüler bekommen basierend auf den bisher erbrachten Leistungen eine Abschlussnote. Für den Fall, dass Schülerinnen und Schüler zwischen zwei Noten stehen, sollte im Zweifel zugunsten der Prüflinge entschieden werden. Schülerinnen und Schüler, die jedoch ausdrücklich die Möglichkeit haben wollen, eine Prüfung abzulegen, sollen diese zu einem späteren Zeitpunkt bekommen; spätestens jedoch zum Zeitpunkt der bisher vom Kultusministerium vorgesehenen Nachtermine beziehungsweise Nachnachtermine. Mit der Entscheidung für eine der Optionen verzichten die Betroffenen auf eine Anfechtung der Ergebnisse. Die Schülerinnen und Schüler und deren Erziehungsberechtigten haben so die Gelegenheit selbst zu entscheiden. Hierdurch erhofft sich das Gremium eine breite Akzeptanz und die Vermeidung möglicher Klagen gegen das Land.

Dieser Vorschlag soll eine Grundlage bilden, da noch zahlreiche Fragen zu klären sind, worunter anderem die Ausgestaltung und Bewertung der optionalen Prüfung im Abschlusszeugnis fällt.

Das Gremium erwartet, dass erneut die Rufe nach Vergleichbarkeit aufkommen werden - die Uneinigkeit der KMK, Entscheidungen der Länder Europas und die soziale Herkunft und Bedingungen in den Familien machen die Vergleichbarkeit unmöglich. "Wir brauchen nun beste Bedingungen für die Zukunft der jungen Menschen und beste Bildung für die Schülerinnen und Schüler des Landes!", stellt Leandro Cerqueira Karst klar.

Die nächsten Tage sind entscheidend. Ständige Analyse und Bewertung der aktuellen Lage durch Experten der Wissenschaft, Gespräche zwischen der Landesschülervertretung Baden-Württemberg und der Politik, sowie das Gespräch zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und

Ministerpräsidenten der Länder sollen den Weg zur bestmöglichen Entscheidung ebnen. "Am Ende der kurzen Osterwoche muss es eine Entscheidung zu den Prüfungen und dem Schulbeginn geben." appelliert der Vorsitzende an die Entscheidungsträger.

Der Landesschülerbeirat begrüßt die Entscheidung des Kultusministeriums, die Schulen nicht, wie vorerst vorgesehen, nach den Osterferien wieder zu öffnen. "Beschränkungen zu früh zu lockern, wäre ein Risiko und unverantwortlich." äußert sich Leandro Cerqueira Karst, Vorsitzender des Landesschülerbeirats Baden-Württemberg zur möglichen Öffnung der Schulen.

Die Schulen müssen genügend Zeit haben, um sich pädagogisch vorbereiten zu können und die notwendige Infrastruktur und Hygienemaßnahmen zu gewährleisten - bei letzterem sieht das Gremium auch die Kommunen in der Verantwortung. Kleine Gruppengrößen, ein mögliches Schichtmodell für Schülerschaft und Lehrerkollegium oder auch freiwilliger Unterricht ist aus der Sicht des Landesschülerbeirats denkbar. Wenn der Unterricht wieder starten soll, müssen viele Vorkehrungen erfüllt werden. Dazu gehören auch grundsätzliche Dinge wie genügend Seife oder Regelungen für Pausen und das Lehrerzimmer. "Wir müssen realistisch bleiben. Geregelter, ganzheitlicher Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler wird es in naher Zukunft nicht geben können und dürfen.", ergänzt Leandro Cerqueira Karst, Vorsitzender des Gremiums, der die circa 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg vertritt.

Für die Schülerinnen und Schüler wäre eine schnellstmögliche Rückkehr zum normalen Unterrichtsbetrieb pädagogisch das Beste; gleichzeitig ist dieses Szenario auch das unwahrscheinlichste. Wann eine schrittweise Öffnung also realisierbar ist, muss eine jeweils aktuelle gesundheitliche Einschätzung der Experten entscheiden - die Gesundheit aller am Schulleben Beteiligten sowie deren Angehörige haben höchste Priorität.

Sollte der Schulbetrieb wieder aufgenommen werden, ist es aus Sicht des Gremiums unmöglich, dass Klausuren und Klassenarbeiten über die zu Hause erarbeiteten Inhalte geschrieben werden. Noten sind für alle - ausgenommen der Abschlussklassen

- ohnehin momentan nebensächlich. “Für versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler müssen Möglichkeiten geschaffen werden, zusätzlich individuell Leistungen zu erbringen”, fordert Leandro Cerqueira Karst.

“In den letzten Wochen wurde viel Stoff versäumt, wir dürfen es jedoch nicht zulassen, dass der Einschnitt bei den Bildungschancen zwischen den Schülerinnen und Schülern zur Schlucht wird. Es müssen alle abgeholt werden.”, warnt Leandro Cerqueira Karst. Die digitalen Möglichkeiten stehen nicht jeder Schülerin beziehungsweise jedem Schüler in gleicher Form zur Verfügung. In vielen Haushalten gibt es keine oder unzureichend PCs, Laptops oder Tablets. An dieser Stelle sollten auch Möglichkeiten von Leihgeräten als Übergangslösung geprüft werden.

Kontakt für Rückfragen

Roman Jauch | Pressesprecher | +49 (0) 172 73 888 16 | pressesprecher@lsbr.de

Leandro Cerqueira Karst | Vorsitzender | +49 (0) 172 34 676 97 | vorsitzender@lsbr.de